## Fast alle segnen Kreis-Haushalt 2012 ab

Nach der Etatdebatte im Kreistag votieren fünf der sechs Fraktionen mit Ja. Nur die Freien Wähler stimmen mit Nein.

Kreis Heinsberg. Mit sehr großer Mehrheit ist der Haushaltsplan des Kreises für 2012 vom Kreistag verabschiedet worden. Fünf der sechs Fraktionen segneten nach der eineinhalbstündigen Etatdebatte das über 700 Seiten umfassende Zahlenwerk mit einem Gesamtvolumen von rund 250 Millionen Euro im Ergebnisplan ab. Nicht nur die CDU-Mehrheitsfraktion, die bereits im Finanzausschuss und im Kreisausschuss (wie berichtet) mit Ia gestimmt hatte, votierte für den Haushalt, sondern auch SPD, Grüne, FDP und Linke, Lediglich die zweiköpfige Fraktion der Freien Wähler (FW) stimmte mit Nein.

Norbert Revans, der Fraktionsvorsitzende der CDU, betonte "die gute Finanzpolitik" im Kreis Heinsberg. Diese sei auch jüngst von der Kölner Regierungspräsidentin Gisela Walsken (SPD) beim Festakt nen für den Bau einer zum 40-jährigen Bestehen des Kreises gelobt worden. Kritik übte Revans an der rot-grünen Landesregierung. Nach deren Plänen würden ab 2013 die etwas bessergestellten Kreise, Städte und Gemeinden die Kommunen finanzieren, die heute schon pleite seien. So werde der Kreis Heinsberg für seine gute Finanzpolitik bestraft. Mit der Entnahme von 7.5 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage, "um die Kreisumlage in erheblichem Maß zu senken", solle verdeutlicht werden, so Reyans,

"dass wir auch in Zukunft versuchen werden, die Krise im solidarischen Miteinander zu bestehen". Integration nannte der Christdemokrat als eines der bedeutsamen Themen. Wichtige Bausteine für eine gelingende Integration sind nach seiner Ansicht das Erlernen der deutsche Sprache, aber auch eine tolerante und offene Gesellschaft, "Wir haben als Kreis schon auf vielfältige Art und Weise Zeichen für Toleranz und Demokratie gesetzt. Wir dürfen in diesem Bemühen auch in Zukunft nicht nachlassen." Revans, der für eine verstärkte interkommunale Zu-

sammenarbeit eintrat. sieht den Kreis beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur "auf einem guten Weg", doch müssten notwendige Investitio-"Datenautobahn" den Weg gebracht wer-

"Wenn die interkommunale Zusammenarbeit so gut laufen würde,

wie die interfraktionelle, dann wäre der Kreis mit Sicherheit noch besser aufgestellt als bisher", sagte Michael Stock, der Fraktionsvorsitzende der SPD. Der Kreis wäre gut beraten, die Koordination zwischen den Kommunen voranzutreiben. Kritische Töne gab es von ihm unter anderem zum Straßen-

bau: "Gegen unsere Stimmen hat der Kreistag beschlossen, die EK3 so zu bauen, wie sie nun gebaut wird - als breit ausgebaute Rennstrecke, die dann wieder eingebremst werden muss." Der Sozialdemokrat bezeichnete es im Blick zurück auf den Trubel um die Elternbeitragssatzung für die Kinderbetreuung als richtig, dass die Geschwisterkindbefreiung aufrechterhalten worden sei. Mehr Mut hätte sich die SPD aber beim Thema Abfall gewünscht - mit einer früheren Ausschreibung der Abfallentsorgung, um möglichst geringe Gebühren für die Men-

"Wir werden auch in Zukunft versuchen, die Krise im solidarischen Miteinander zu bestehen."

NORBERT REYANS. **CDU-FRAKTIONSVORSITZENDER** 

> schen im Kreis zu erzielen. Stock stellte aber auch Beispiele heraus. "wo wir alle an einem Strang gezogen haben", so den Beitritt zum Bündnis gegen Rechts oder die Kommunalisierung des Rettungsdienstes.

"Wir hoffen sehr, dass das Zauberwort von der interkommuna-

len Zusammenarbeit keine hohle Phrase bleibt", freute sich Maria Meurer, Fraktionsvorsitzende der Grunen. "dass einige Kommunen bereits gute Vorschläge gemacht haben". Zugunsten der öffentlichen Kassen und damit der Bürger müsse Kirchturmdenken überwunden werden. "Wir erkennen die schwierige Lage der Kommunen durchaus an", sagte sie mit Blick auf die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage. Sie forderte eine positive Auseinandersetzung mit Zuwanderung und Integration von Menschen aus anderen Kulturkreisen. Ortsschilder mit plakativem Bekenntnis "Gegen Rassismus" seien die eine Sache, alltagstaugliche Politik zur echten Integration und damit gegen alltäglichen Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung sei die andere.

Der Kreis musse und könne auch in Zukunft seine Ausgleichsrücklage, ohne Gefährdung seiner eigenen Liquidität, zugunsten der Kommunen einsetzen, sagte FDP-Fraktionsvorsitzender Stefan Lenzen, als er zur Entlastung der Kommunen die Forderung aufstellte, die Ausgleichsrücklage auch 2013 und 2014 in ähnlichem Umfang in Anspruch zu nehmen, wie es in diesem Jahr geplant sei. Alle Verbesserungen im Kreis-Haushalt sollten zur Entlastung der Kommunen verwendet werden. "Da,

Kommunen nicht vergessen und auch nicht im Stich gelassen." Die FDP sei weiter für einen Hochschulstandort im Kreis Heinsberg, für mehr Transparenz und Bürgernähe in Politik und Verwaltung und für einen schuldenfreien Kreis Heinsberg ab 2020, so der Liberale weiter.

Walter Leo Schreinemacher, der Fraktionsvorsitzende der FW. monierte das fehlende Personalentwicklungskonzept, forderte eine zumindest nach seinen Berechnungen durchaus mögliche Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von zehn Millionen Euro und bewertete den Sparwillen und den Umgang der CDU mit Steuergeldern als "desaströs". Mit Blick auf die interkommunale Zusammenarbeit erinnerte er daran, dass dies "eine Forderung von uns seit Jahren" sei.

Mit '.. Bauchschmerzen" stimmten die Fraktion der Linken dem Etat zu. Silke Müller bezeichnete die Rückführung des Rettungsdienstes in die öffentliche Hand als "erfreulich"; Dumpinglöhne seien ausgeschlossen, ein tariflich sauberes System gesichert. Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs werde allerdings dieser logische Schritt nicht getan. Als weiteres "Ärgernis" nannte sie die Tatsache, dass der Kreis immer noch glaube, auf eine Verbraucherzentwo die FDP mitwirkt, werden die rale verzichten zu können. (disch)